

Neuer Finanzverwalter – gleiches Ergebnis

THUN Hohe Ausgaben für den baulichen Unterhalt und Investitionen sorgen dafür, dass die Verschuldung der Stadt zunimmt. Dennoch schliesst das Budget 2018 ausgeglichen ab. Die Einzelheiten stellte gestern der neue Finanzverwalter Stefan Christen vor.

Medienkonferenzen der Stadt Thun zum Budget ähnelten sich in den letzten Jahren inhaltlich stark. Das war gestern nicht anders. Zumindest personell wehte an der gestrigen Präsentation jedoch ein frischer Wind: Neben Stadtpräsident und Finanzvorsteher Raphael Lanz (SVP) nahm im Rathaus der neue Finanzverwalter Stefan Christen Platz. Am 1. August hatte der Spiezer die Nachfolge von Daniel Wegmüller angetreten (wir berichteten). «Gerade in den ersten Wochen hat Stefan Christen den Blick von «ausen» eingebracht. Eine teils neue Sichtweise kann nicht schaden», würdigte Lanz den Einstieg des 53-Jährigen.

Höhere Steuererträge dank guter Konjunktur?

In Sachen Finanzhaushalt hat sich wie gesagt nicht allzu viel ge-

ändert: Zum wiederholten Mal rechnet die Stadt auch im Budget fürs Jahr 2018 mit einem ausgeglichenen Ergebnis – dies bei der gleich bleibenden Steueranlage von 1,72 Einheiten. Ausgaben von 306,4 Millionen Franken stehen Einnahmen in der gleichen Höhe gegenüber. «Die laufenden Ausgaben haben wir im Griff», sagte Lanz. Dass der Umsatz im nächsten Jahr rund 15 Millionen unter dem Wert für 2017 liegt, hänge unter anderem mit der Ausgliederung des Asylwesens an den Verein Asyl Berner Oberland zusammen. «Die Änderung verläuft für die Stadt kostenneutral», erläuterte der Finanzvorsteher. Durch die Ausgliederung beträgt der Personalaufwand 2,1 Mio. weniger als noch im Budget 2017. Auch der Sach- und Betriebsaufwand verringert sich gegenüber dem geplanten Wert für das laufende Jahr um 1,2 Mio. Franken.

Die Hälfte des Geldes fliesst an den Kanton

Bei den Steuern wiederum geht die Stadt für 2018 von Mehreinnahmen in der Höhe von rund 2,1 Mio. Franken aus. Insgesamt sind Steuererträge von 119,8 Mio. Franken budgetiert. «Der mo-



Der neue Finanzverwalter Stefan Christen (l.) an der Medienkonferenz zum Budget 2018 der Stadt im Rathaus. Neben ihm sind Stadtpräsident Raphael Lanz und die Medienverantwortliche Simone Tanner zu sehen. Patric Spahni

«Die Entwicklung ist kein Grund zum Jubeln, ist jedoch beim jetzigen Zinsumfeld für die Stadt tragbar.»

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) zum Anstieg der Schulden

derate Anstieg ist auf die gute Konjunktur zurückzuführen», sagte der Stadtpräsident. Nach wie vor nicht einfach zu kalkulieren seien die Erträge bei den juristischen Personen.

Einmal mehr stark ins Gewicht fallen die Zahlungen an die kantonalen Lastenausgleichssysteme wie zum Beispiel Sozialhilfe oder Lehrerlöhne. Sie belaufen sich um rund eine Million höher

als 2017 auf 60,9 Mio. Franken. Dies entspricht rund 51 Prozent der gesamten Steuereinnahmen der Stadt. «Auf diese Zahlungen haben wir wenig bis gar keinen Einfluss», so Lanz.

Grosse Brocken stehen an bei den Investitionen

Bereits im laufenden Jahr hat die Stadt viel Geld in den baulichen Unterhalt gesteckt – und viel investiert. Dieser Trend wird sich fortsetzen: Für 2018 sind Nettoinvestitionen von 31,2 Millionen, davon 7,8 Mio. gebühren- und 23,4 Mio. steuerfinanziert, vorgesehen. Stichworte sind der Neubau des Krematoriums, die Einführung des Parkleitsystems oder der Neubau des Rechenzentrums Informatik. Auch beim baulichen Unterhalt öffnet die Stadt das grosse Portemonnaie: Allein 2018 sind für diesen Posten 25,5 Mio. Franken budgetiert, die etwa für die Sanierung des «Strämu» oder des Schlosses Schadau eingesetzt werden sollen. «Bis 2022 planen wir für den baulichen Unterhalt mit Ausgaben von durchschnittlich 22,3 Millionen Franken pro Jahr», sagte der neue Finanzverwalter Stefan Christen. Ein bestimmter Anteil dieser Ausgaben

soll jeweils durch Entnahmen aus der entsprechenden Spezialfinanzierung aufgefangen werden. «Dafür, solche Spitzen zu brechen, sind die Spezialfinanzierungen ja auch vorgesehen», gab Christen zu bedenken. Stadtpräsident Lanz räumte aber ein, dass dieses Kässeli am Ende der aktuellen Investitionsoffensive in fünf Jahren «ziemlich leer» sein werde.

Direkte Folge der regen Bautätigkeit ist ein Anstieg des Schuldenbergs. Werden die Projekte wie geplant umgesetzt, nimmt die Verschuldung um 109,5 auf über 200 Mio. Franken zu – dies, nachdem die Stadt die Schulden seit dem Jahr 2006 mehr als halbieren konnte. «Die Entwicklung ist kein Grund zum Jubeln, ist jedoch beim jetzigen Zinsumfeld für die Stadt tragbar», sagte Lanz. Langfristig sei das Ziel weiterhin, einerseits die aufgestauten und nötigen Investitionen zu tätigen, andererseits aber auch den Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten – sprich: ausgeglichene Rechnungen zu präsentieren.

Der Stadtrat wird in seiner nächsten Sitzung am 16. November über das Budget 2018 und den Finanzplan 2018–2021 befinden.

Gabriel Berger

Bildungszentrum prüft Schliessung

THUN Der kantonale Spar- druck hat Folgen: Der Verwaltungsrat des Berner Bildungszentrums Pflege will die Schliessung des Standorts Thun und eine Campuserweiterung in Bern prüfen.

«Der Verwaltungsrat des Berner Bildungszentrums Pflege (BZ Pflege) hat entschieden, Möglichkeiten für eine Campuserweiterung in Bern zu erarbeiten.» Das hat das BZ Pflege gestern in einem Communiqué schriftlich mitgeteilt. Aus Thuner Sicht besonders brisant: «Gleichzeitig hat er für den Standort Thun den Auftrag erteilt, alternative Nutzungen zu prüfen.» Sprich: Das BZ Pflege klärt ab, ob es möglich ist, die Auszubildenden aus Thun nach Bern zu zügeln. Dieses Vorgehen sei die «Umsetzung des Sparauftrages», welchen der Kanton im Sommer ausgegeben hat.

Masterplan bis Mitte 2018

Das kantonale Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) gab dem BZ Pflege am 30. Juni 2017 die Sparvorgaben bis 2021 bekannt. «Ausgehend von der verabschiedeten Strategie hat der Verwaltungsrat des BZ Pflege ein Organisationsentwicklungsprojekt lanciert, das diese Sparvorgaben miteinbezieht», heisst es in der gestern versandten Mitteilung. Bis Mitte 2018 soll ein Masterplan zur Umsetzung der überarbeiteten Strategie sowie Modelle «für eine strategiebegünstigende Organisationsstruktur» erarbeitet werden.

Forderung des Kantons

Das BZ Pflege sei laut MBA frei, wo die Kosten über die nächsten Jahre reduziert werden. Der Verwaltungsrat des BZ Pflege komme nun «der erneut geäusserten Erwartung» des MBA nach, die Integration des Standorts Thun in den Campus Bern zu prüfen. Bereits vor vier Jahren forderte der Kanton die Schliessung des Standorts Thun. Damals konnte das BZ Pflege aufzeigen,

dass eine Integration des Standorts Thun in den Campus Bern nicht machbar gewesen wäre und keine finanziellen Vorteile gebracht hätte.

Campuserweiterung in Bern

Eine allfällige Integration sei nach wie vor nur mit einer Vergrösserung des Campus Bern realisierbar, schreibt das BZ Pflege. «Der Verwaltungsrat hat auf Basis verschiedener Vorabklärungen zu Machbarkeit und Finanzierung die Erarbeitung entsprechender Möglichkeiten in Auftrag gegeben», heisst es in der Mitteilung. Ein richtungsweisender Entscheid sei im ersten Semester 2018 geplant.

Widerstand im Oberland

Nach Bekanntgabe des Entlastungspaketes hat sich auf regionalpolitischer Ebene und beim Verband Berufsbildung Pflege Berner Oberland Widerstand gegen eine mögliche Schliessung des Schulstandorts Thun des BZ Pflege geregelt (wir haben berichtet). Der Verwaltungsrat des BZ Pflege nehme die vorgebrachten Anliegen sehr ernst, schreibt das BZ. Er habe deshalb den Auftrag erteilt, alternative Nutzungen des Standorts Thun zu prüfen. «Dabei bleibt auch der Fortbestand als Schulstandort eine Option – für den Fall, dass die beabsichtigte Campuserweiterung in Bern nicht möglich ist.»

1400 Studierende

Das BZ Pflege bietet im Auftrag des Kantons Studiengänge für die Pflegeausbildung auf Stufe Höhere Fachschule (HF), Nachdiplomstudiengänge und Nachdiplomkurse an. Mit mehr als 1400 Studierenden ist es gemäss eigenen Angaben «das grösste Pflegebildungszentrum auf tertiärer Bildungsstufe in der Schweiz». Träger sind die Stiftung Inseelspital Bern, die Stiftung Lindenhof Bern, die Stiftung Diaconis Bern, der Verband Berufsbildung Pflege Berner Oberland und die Stiftung Pflegebildung Seeland. mgt/maz

Transfair rückt zusammen

THUN Im Wirtschaftspark Schoren wurde gestern der neue Hauptsitz der Thuner Sozialunternehmung Transfair offiziell eröffnet. Der Neubau bietet Platz für über 360 Arbeitsplätze, rund 250 davon in einer unterstützten Umgebung.

«Dies ist heute ein grosser, aber auch wichtiger Tag», sagte Benjamin Ritz, Direktor der Stiftung Transfair, gestern Nachmittag in Thun. 260 geladene Gäste waren in den Wirtschaftspark Schoren gekommen, um die Eröffnung des neuen Hauptsitzes der Thuner Sozialunternehmung Transfair zu feiern. Während einer Bauzeit von knapp zwei Jahren ist ein Betriebsgebäude mit sechs Etagen entstanden. «Derzeit können wir dort 360 Personen beschäftigen», erläuterte Benjamin Ritz. Davon rund 250 vorwiegend psychisch beeinträchtigte Menschen in einer sogenannten unterstützten Umgebung. Weiter werden neun Lernende in den Sparten Logistiker, Kaufmann und Gastronomie ausgebildet.

Kanton zahlt den Löwenanteil

Für das Zentralisieren des Betriebes hat das Unternehmen tief in die Tasche gegriffen und insgesamt 21,4 Millionen Franken investiert. Der Löwenanteil an die Neubaukosten stammt indes vom Kanton Bern. Der Regierungsrat

hatte 18,75 Millionen Franken gesprochen (siehe Kasten). Rund 3 Millionen Franken finanziert das Sozialunternehmen aus eigenen Mitteln. «Wir werden im Rahmen des Kostenvoranschlages abschliessen», resümierte der Direktor.

Von einem Meilenstein sprach auch Stiftungsratspräsident Rolf Glauser: «Es beginnt eine neue Ära.» Thuns Stapi Raphael Lanz (SVP) bezeichnet die Eröffnung als besonderen Moment. «Mit Transfair entwickelt sich der Wirtschaftspark Schoren weiter», sagte er.

Viele Dienstleistungen

Das Unternehmen bietet im Neubau eine breite Palette an Dienstleistungen an. Bekannt ist etwa der Gastronomiebereich. So betreibt Transfair die Restaurants Zündkapsel und Rotondo am Hauptsitz der Berner Kantonalbank und ist zudem für das Catering im Kultur- und Kongresszentrum KKThun zuständig. Am neuen Geschäftssitz kommt nun das Restaurant Fairpflegig dazu.

Des Weiteren beschäftigt Transfair zusammen mit Firmen aus der Region und der Schweiz Menschen im Bereich Logistik. So wurden im vergangenen Jahr 2,1 Millionen Artikel mit einem Warenwert von 5 Millionen Franken in den Lagern von Transfair bewirtschaftet und kommissioniert. Ein drittes Standbein des Unternehmens ist die Produktion von Lawinenschutznetzen und Metallbauteilen für die Industrie, ebenfalls in Zusammenarbeit mit Schweizer Firmen.

Knapp 10 Millionen Umsatz

«Derzeit erwirtschaften wir einen Umsatz von knapp 10 Millionen Franken», sagte Benjamin Ritz gegenüber dieser Zeitung. Damit finanziert sich Transfair zu 70 Prozent selber. Nebst etwa zwei Prozent Spenden- und Gönnergeldern stammt der Rest aus Mitteln des Kantons Bern im Rahmen eines Leistungsvertrages. Wie Ritz weiter ausführte, kann etwa jeder Sechste nach einer betreuten Beschäftigung bei Transfair in der Wirtschaft wieder Fuss fassen. «Es gibt aber auch jene, die nicht oder nur schwer vermittelbar sind», so Benjamin Ritz. Und: «Es gibt auch Leute die bei uns pensio-

niert werden.» Der Direktor spürt derzeit ein zunehmendes Bedürfnis nach geschützten Arbeitsplätzen. Nicht zuletzt deshalb hat das Unternehmen das neue Betriebsgebäude so ausgelegt, dass Erweiterung und Wachstum möglich sind. «Eigentlich hatten wir 15 Prozent Zusatzfläche eingeplant, 5 Prozent davon sind aber jetzt bei der Eröffnung schon ausgefüllt», betonte der Direktor. 2018 sind für die Öffentlichkeit Tage der offenen Türe geplant.

Stefan Kammermann

KRITIK AM PROJEKT

Die Stiftung Transfair ist ein Sozialunternehmen, das 1995 von Fachleuten aus dem psychosozialen Bereich und aus dem Bereich Arbeitsrehabilitation als Verein gegründet wurde. Das Ziel war und ist, neue Lösungsansätze bezüglich Beschäftigungsmöglichkeiten für psychisch beeinträchtigte Personen zu finden und anzubieten. Bislang war die Stiftung im Biergut und in weiteren Standorten in Thun eingemietet. Die Planung für den Neubau begann 2011, die Baueingabe erfolgte 2014. Erst im September 2015 folgte der Spatenstich: **Einsprachen hatten das Projekt verzögert**, der Neubau war auch im Berner Grossrat in die Kritik geraten, weil der Regierungsrat für den Bau 18,75 Millionen Franken gesprochen hatte. Dies sehr zum Ärger von drei SVP-Grossräten. Angesichts der Sparrunde im Herbst 2013 konnten Moritz Müller (Bowi), Käthi Wälchli (Obersteckholz) und der inzwischen nicht mehr amtierende Jürg Schürch (Huttwil) nicht verstehen, **warum der Regierungsrat eine solch grosse Summe bewilligte**. Sie stellten deshalb kritische Fragen zur Mitfinanzierung des Neubaus. Der Regierungsrat stellte klar, dass die Finanzkompetenz für Beiträge des Kantons an Leistungserbringer im Auftrag der Gesundheits- und Fürsorgedirektion abschliessend beim Regierungsrat liege. sku



Grosszügige neue Räume: In den Abteilungen werden Aufträge kommissioniert und verpackt.

Stefan Kammermann